

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich außerordentlich, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erlangt zu haben, um als Mitglied des Trierer Stadtrates für Trier politisch aktiv werden zu können. Ich war froh, dass dies im Rahmen einer politischen Partei möglich ist, deren Positionen seit langem Teil meiner persönlichen Überzeugungen sind, dies gilt vor allem für die Grundprinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Umso schwieriger ist es für mich, hier als fraktionsloses Stadtratsmitglied der Partei Die Linke zu stehen. Die Erkenntnis, grundlegende politische Differenzen, die sich erst im Hinblick auf die konkrete Fraktionsarbeit zeigten, nicht innerhalb des Trierer Ortsverbandes lösen zu können, erforderte ungewöhnliche Schritte, die Ihnen bereits über die Presse bekannt wurden.

Die Wochen vor dieser ersten Stadtratssitzung waren für mich nicht nur aufreibend und persönlich enttäuschend, sondern sie brachten mich auch an die Grenzen meiner politischen Handlungsfähigkeit.

Der ungewöhnliche Schritt, von mir aus den Fraktionsstatus mit allen damit verbundenen Nachteilen aufzukündigen, ermöglichte mir allerdings wieder handlungsfähig zu werden. Die aus meiner Sicht vollkommen unmögliche Situation, auf der einen Seite kommunalpolitisch handeln zu wollen, aber auf der anderen Seite auf plötzlichen und rational unbegreiflich bleibenden Widerstand aus den eigenen Reihen zu stoßen, konnte aus meiner Sicht zunächst nicht anders aufgelöst werden.

Mit ist dabei völlig klar, um welche weit reichenden Gestaltungsspielräume wir uns dadurch hier im Stadtrat und in den Gremien bringen. Das bedauere ich sehr, zumal mir die inhaltliche politische Arbeit sehr am Herzen liegt.

Es gibt aber Situationen, in denen man sich nicht klein reden lassen darf. Ganz im Gegenteil: Es gilt hier, die persönliche Integrität nicht nur zu wahren – so als hätte man sie zu Besitz – sondern allererst für sich zu erlangen. Dazu gehört auch der Wille, die Öffentlichkeit als demokratischen Faktor aufzuklären, besonders wenn es um maßgebliche „gesellschaftliche Verantwortung“ geht, die nur im für jedermann zugänglichen, öffentlich Raum wahrgenommen werden kann. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an Kant, der meint, dass es überhaupt keine geheimen Absprachen geben dürfe, weil sonst die öffentliche Sphäre durch ein vermeintliches Recht auf Lüge ausgehöhlt werden könne. So genannte „Geheimnisse“ sind dann demokratisch nicht kontrollierbar. Darum beuge ich mich auch keinem Zwang, der mir auferlegen möchte, wie ich zu denken

und zu handeln habe, bzw. was ich sagen darf – oder eben nicht.

Vor diesem Hintergrund der Ereignisse ist es verständlich, wenn ich an dieser Stelle keine Rede mit politischen Inhalten vorbereiten konnte. Daraus darf man aber jetzt andererseits keinesfalls schließen, dass ich meine Partei die Linke verlassen werde oder dass ich mich vorschnell anderen Parteien anschließen könnte.

Gespräche, die auf Einladung der Bündnis/Grünen und der SPD mit uns geführt wurden, zeigten, dass es einige viel versprechende Übereinstimmungen in Bezug auf kommunalpolitische Vorhaben und Projekte gibt, die im Einzelfall mit oder auch ohne Fraktionsstatus der Linken im Stadtrat angegangen werden können.

Zu den Kuriositäten der letzten Wochen gehörte übrigens, dass Herr Babic es sich nicht nehmen ließ, über eine seiner Parteifreundinnen mit mir Kontakt zu suchen und das Angebot zu unterbreiten, gemeinsam zu kooperieren, „da dieser Rat uns doch allen so feindlich gesonnen wäre“.

Von dieser Behauptung möchte ich mich hier ausdrücklich distanzieren. Und meine Antwort auf dieses Angebot bedarf keiner drei Worte: Niemals!

Es blieb keine Zeit, die Konflikte und unterschiedlichen Positionen innerhalb der Linksfraktion bis zur heutigen konstituierenden Sitzung des Stadtrates zu lösen. Ich hoffe, dass es meiner Kollegin Katrin Werner und mir in den nächsten Wochen dennoch gelingen wird, eine tragfähige Geschäftsordnung für eine Linksfraktion auf den Weg zu bringen, um spätestens, wenn die neuen Dezernatszuschnitte in das politische Tagesgeschäft eingehen werden, erneut gemeinsam handlungsfähig sein zu können.

Da man als fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, aber auch als Mitglied einer möglichen, aber eben kleinen Linksfraktion die Themenvielfalt der anfallenden Stadtratsarbeit nicht bewältigen kann, liegen die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit in den folgenden Jahren auf diesen Themen:

1. Einführung eines Sozialtickets mit Eingliederung des freien ÖPNV
2. Kostengünstige Lösungen der Verkehrsprobleme in Trier
3. Die Förderung der „Einen Schule für alle“ in Form einer oder auch einer zweiten Gesamtschule
4. Den so genannten öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) als Alternative zur Arbeitslosigkeit in Trier auf den Weg zu bringen.

Linke Politik in Trier ist wichtig!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Johannes Verbeek im Trier Stadtrat am 25.08.2009